

Paroli

Linke Blätter
für Stadt,
Landkreis und
Universität

Ausgabe Nr. 14
Dezember 2010

SWM: Löhne rauf, Preise runter!

Marburger Linke fordert mehr Transparenz und Ende des Lohndumpings bei den Stadtwerken

Der Oberbürgermeister und die SPD fühlen sich von den Anträgen der Marburger Linken zu den städtischen Betrieben stark getroffen. Das ist gut so. Vielleicht überdenken sie ihre bisherige Haltung. Auch die anderen Parteien sollten sich getroffen fühlen.

Was beanstandet die Marburger Linke?

Die Gründung der Marburger Entsorgungsgesellschaft (MEG) mit dem Ziel, den ArbeitnehmerInnen weniger Lohn als im Dienstleistungsbetrieb (DBM) zu zahlen. Die Praxis, beim DBM kein Personal einzustellen, sondern die billigen Arbeitskräfte der MEG auszuleihen.

Die Weigerung der Stadtwer-

ke und ihres Aufsichtsratsvorsitzenden Franz Kahle, den neu abgeschlossenen Tarifvertrag (TV-N Hessen) in der Verkehrsgesellschaft (MVG) anzuwenden und damit den MitarbeiterInnen eine bessere Bezahlung und eine höhere Altersversorgung zu gewähren.

Die mangelnde Transparenz bei der erneuten Strompreiserhöhung zum 1.1.2011 sowie deren irreführende Begründung mit der erhöhten Ökostromumlage.

Was will die Marburger Linke durchsetzen?

Den besseren Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes für die MitarbeiterInnen der MEG.

Bei der MVG ist der TARIFVERTRAG

TV N-Hessen anzuwenden.

Eine Information der Öffentlichkeit, wie der Strompreis bei den Stadtwerken zustande kommt und wie die Gewinne 2011 verwendet werden? Erst danach kann über eine etwaige Strompreiserhöhung entschieden werden.

Wie will die Marburger Linke das finanzieren?

Durch Direktsubventionierung aus dem städtischen Haushalt mittels erhöhter Gewerbesteuer.

Durch Beendigung einer Politik der Übertragung unrentabler städtischer Liegenschaften, z. B. marroder Parkhäuser und Gründungszentren, auf die Stadtwerke.

Frank-Peter Böcher

Kommentar

„Schwachsinnig“

Die Marburger Linke schlägt vor, alle Mitarbeiter der Stadtwerke anständig zu bezahlen.

„Schwachsinnig“ findet das die Marburger SPD. Sie habe die Stadtwerke durch eine „andere Tarifstruktur“ vor der Privatisierung gerettet.

Der Preis dafür war aber, dass die Stadtwerke sich jetzt wie ein privates Unternehmen verhalten. Tochterfirmen wurden gegründet, um neue Beschäftigte nach Niedrigtarifen zu bezahlen und sie dann an die Mutterfirma auszuliefern. Die Gehälter der Geschäftsführer wurden hingegen erhöht.

Die gleiche Partei, die unter Schröder europaweit die Liberalisierung der Märkte vorangetrieben hat, führt diese nun ins Feld, um die Lohndrückerei zu rechtfertigen.

Als die Stadtwerke im Jahr 2000 von SPD, CDU, Grünen und BfM in eine GmbH & Co. KG umgewandelt wurden, geschah das mit der Begründung, künftig müsse der öffentliche Nahverkehr europaweit ausgeschrieben werden. Die EU-Verordnung ist seit 2009 in Kraft – ohne Ausschreibungspflicht.

Wenn die Stadtwerke tatsächlich im Wettbewerb mit Privaten stehen, wie „schwachsinnig“ muss man dann sein, ihnen die Renovierung des Pilgrimstein-Parkhauses für 9 Mio. Euro aufzuzwingen, ihnen das SoftwareCenter aufzubürden, das jedes Jahr 200.000 Euro Miese macht, und sie zu nötigen, einen Teil ihres Millionengewinns an die Stadt abzuführen – anstatt anständige Löhne und einen attraktiven Nahverkehr zu finanzieren?

Henning Köster



Foto: Christian Barth

Lange, die Diplom-Pädagogin Martina Brähler-Haupt, der Student Hendrik Gesthuysen und die Stadtverordnete Astrid Kolter.

Davor hatte die Versammlung einmütig das Wahlprogramm verabschiedet. Unter der Losung „Eine Stadt für alle“ setzt sich die Marburger Linke vor allem für so-

Marburger Linke gut aufgestellt

Linke Liste setzt bei Kommunalwahl auf soziale Themen

An geeigneten Kandidaten für die aussichtsreichen Listenplätze mangelte es der Marburger Linken am 20. November nicht, als sie ihre Liste für die Kommunalwahlen 2011 aufstellte. Die AnhängerInnen der Wählerinitiative, zu denen auch Marburger Mitglieder der Partei DIE LINKE gehören, trafen ihre Wahl in mehreren Kampfabstimmungen. Auf Platz 1 setzte sich der Gesamtschul-

lehrer und Oberbürgermeisterkandidat Henning Köster (4.v.l.) durch. Auf weiteren von insgesamt 64 Plätzen folgen die Angestellte Tanja Bauder-Wöhr (5.v.l.), der Kreisvorsitzende der LINKEN Jan Schalauske (3.v.l.), die Stadtverordnete Halise Adsan (l.), der Verlagsleiter Roland Böhm (r.), die Altenpflegerin Heidi Hoffmann (2.v.l.), der pensionierte Lehrer Hartmut

ziale Verbesserungen ein, wie die Erweiterung des Stadtpasses, kostenlose Kinderbetreuung und eine Abkehr von der Niedriglohnpolitik in den städtischen Betrieben. Die Beschleunigung der Energiewende und eine Umkehr in der Verkehrspolitik zugunsten der schwächeren VerkehrsteilnehmerInnen gehören ebenso zum Repertoire der Linken wie der Widerstand gegen das Diktat des großen Geldes und ein konsequenter Ausbau der Bürgerbeteiligung.

Nico Biver

Termine

Regelmäßige Termine

im Linken Zentrum

Frankfurter Straße 15, Marburg

► **Mitgliederversammlung** der LINKEN Marburg-Biedenkopf, am 2. Mittwoch im Monat, 19.30 Uhr

► **Erweiterte Fraktion Marburger Linke**, montags, 20.00 Uhr

► **DIE LINKE. Kreis AG**, donnerstags, 18.00 Uhr

dielinke.sds

► die Marburger Gruppe des Sozialistisch-Demokratischen Studierendenverbandes trifft sich dienstags, 20.00 Uhr
www.sds-marburg.de

Impressum

Paroli

Herausgeber: DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf, Fraktion Marburger Linke, Fraktion DIE LINKE im Kreistag

Redaktion: Renate Bastian (verantw.), Nico Biver, Jan Schalauske, Hajo Zeller

Layout: Nico Biver

Redaktionsschluss: 15.12.2010

Kontakt

DIE LINKE Marburg-Biedenkopf
Frankfurter Str. 15, 35037 Marburg
Tel. 06421-163873
info@die-linke-marburg.de
www.die-linke-marburg.de

Ich will:

- das Kommunalprogramm
- Infos über Treffen und Veranstaltungen
- Mitglied werden

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

E-Mail-Adresse

**DIE LINKE, Frankfurter Str. 15
35037 Marburg
info@die-linke-marburg.de**

Ein Sonnenblick für Studierende

Linke schlägt Umnutzung des Altgebäudes als Wohnheim vor

In der Oktobersitzung des Denkmalbeirates wurde die Planung für einen Neubau der Klinik Sonnenblick auf den Lahnbergen vorgestellt. Sie sieht vor, zunächst neben dem alten Kliniksbau einen Neubau zu errichten und dann das alte Gebäude abzureißen.

Die alte Klinik ist in den 1930er Jahren im Bauhausstil errichtet, teilweise aber in der Fassadenteilgestaltung verändert worden.

Bau- und sozialgeschichtlich (erstes Lungenheil-Sanatorium in Marburg) ist sie von großer Bedeutung. Sie hat demnach einen Denkmalswert, der leider vom Denkmalbeirat nicht anerkannt worden ist: Mein Antrag auf Eintragung des Gebäudes „Sanatorium Sonnenblick“ als Kulturdenkmal ist im November abgelehnt worden.

Nicht nur die Verweigerung des Beirates ist erstaunlich, auch die

ablehnende Haltung der rot-grünen Koalition zur Nutzung des alten Klinikgebäudes als Studierendenwohnheim bzw. als Ersatz für das vor dem Abbruch stehende Schwesternwohnheim am Alten Botanischen Garten. Was gibt es Besseres, als kurze Wege für Studierende zu ihrem Campus auf den Lahnbergen oder für KrankenpflegeschülerInnen zu ihrer Klinik zu schaffen? Das erspart manche Fahrt mit dem Auto. Alle Ausbildungsstätten sind mit dem Fahrrad oder zu Fuß zu erreichen. Auch mit dem Bus kommt man schnell hin.

Ein solches Vorhaben ließe sich leicht umwelt- und denkmalverträglich umsetzen, ohne die von Wald geprägte Umgebung zu verschandeln. Die Marburger Linke wird daher diese Ziele weiter verfolgen.

Hartmut Lange



Demokratie braucht jede Stimme

Die Marburger Linke fordert die Ausweitung des kommunalen Wahlrechts auf alle Menschen, die in einer Gemeinde leben. Bei den Kommunalwahlen dürfen bislang nur Deutsche und EU-BürgerInnen abstimmen. Wer nicht über die Staatsbürgerschaft eines EU-Staates verfügt, ist von diesem Recht ausgeschlossen. Diese Menschen müssen es als verletzend empfinden, dass man ihnen, die zum Teil seit Jahrzehnten hier leben, die Teilhabe an politischen Entscheidungen verwehrt. Das Wahlrecht für sie wäre auch eine Anerkennung durch die Gesellschaft und ein wirkungsvolles Instrument im Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung.

Den Ausländerbeiräten wird die Funktion zugewiesen, Menschen aus anderen Kulturkreisen einzubeziehen. Häufig haben sie jedoch nur eine Alibifunktion. Aber solange nicht alle Menschen das Kommunalwahlrecht haben, fordert die Marburger Linke eine Stärkung der Rolle des Ausländerbeirats durch ein Rede- und Antragsrecht im Stadtparlament und in den Ausschüssen.

Halise Adsan

Kein Geld für Sozialratgeber?

Etwa jedes dritte Kind in Marburg lebt in Armut. Über 500 Menschen über 65 sind in dieser Stadt von Grundsicherung abhängig. Insgesamt sind über 11.000 MarburgerInnen arm.

Viele kämpfen mit Schulden. Immer wieder geraten Menschen in Lebenslagen, in denen sie auf Angebote und professionelle Hilfen sozialer Träger angewiesen sind. In Marburg gibt es Hilfsangebote, die in solchen Fällen Unterstützung bieten. Leider finden die Bürgerinnen und Bürger nicht immer

die richtigen Angebote. Deshalb hat die Marburger Linke jetzt den Antrag gestellt, die Stadt möge einen Sozial-Adressführer herausgeben. Er soll die vielfältigen Angebote gliedern, um auf einen Blick alle Hilfsangebote und Kompetenzen, die es in der Stadt Marburg gibt, zu finden.

Eine Stadt, die eine Hochglanzbroschüre zum Parkleitsystem in der Lokalpresse produziert, sollte auch in der Lage sein, einen Sozialadressführer herauszugeben.

Tanja Bauder

Stadtpass aufwerten

Die Marburger Linke will die Vergünstigungen des Stadtpasses für Menschen mit geringem Einkommen wieder erweitern.

Die rot-grüne Koalition hat es im Stadtparlament am 17. Dezember abgelehnt, dass künftig wieder zwei Kurse der Volkshochschule – zusätzlich zu Deutsch- und Alphabetisierungsangeboten – für Stadt-

passinhaberInnen kostenlos sind.

Die Marburger Linke hofft, im Januar mehr Erfolg zu haben mit einem Antrag, die Zuschüsse für Busfahrkarten zu erhöhen. Bis 2003 wurde die Monatskarte zu zwei Dritteln subventioniert. Heute werden nur noch 9 Euro zum Preis von 36,20 Euro zugeschossen. Die Marburger Linke fordert, dass StadtpassinhaberInnen kostenlos fahren können.

Nico Biver

Maulkorb durch Rhön AG?

Kritik am privatisierten Uni-Klinikum soll unterbunden werden

Einer Ärztin der Initiative Notruf 113 wird per Unterlassungsklage und Strafandrohung von 100.000 Euro untersagt, die Aussage zu wiederholen, das Pflegepersonal in der Marburger Uniklinik sei überarbeitet.

Notruf 113 ist ein Zusammenschluss von Menschen, die auf die pflegerischen und diagnostischen Mängel im privatisierten Universitätsklinikum aufmerksam machen wollen. Die Universitätskliniken Gießen und Marburg wurden 2006 von der Landesregierung zu einem Spottpreis an die Rhön-Klinikum AG verscherbelt.

Das ZDF sendete im Mai eine Dokumentation über privatisierte Kliniken, „Der Patient als Ware – Wenn der Profit vor dem Patientenwohl kommt“, in der auch Mitglieder von Notruf 113 zu Wort kamen. Nun schlägt die Rhön-Klinikum AG zurück. „Paroli“ liegen Informationen vor, wonach die Anwaltskanzlei Prof. Mayer, Kambli, Steger, Schlauch im Auftrag der Rhön-Klinikum AG versucht, die kritischen Stimmen mundtot zu machen. Bei Schlauch handelt es sich um den ehemaligen grünen Bundestagsabgeordneten Rezzo Schlauch.

Karl Lauterbach, MdB SPD, beteiligt sich an der Einschüchterungskampagne. Das Aufsichtsratsmitglied der Rhön-Klinik AG – der Posten bringt ungefähr 50.000 Euro im

Jahr plus 5.000 Euro pro Sitzung – wertete die erhobenen Vorwürfe öffentlich als „Anekdoten“ ab.

Hajo Zeller, das Mitglied der LINKEN im Kreisausschuss, sagt: „Ich kenne die Uniklinik aus eigener Erfahrung. In den letzten 12 Jahren wurde ich dort mehrfach stationär behandelt. Nach meinem Eindruck ist die Qualität der Pflege nach der Privatisierung deutlich gesunken. Das liegt allerdings nicht an den Krankenschwestern und Pflegern. Das liegt an der systematischen Arbeitsverdichtung. Stationen wurden vergrößert, ohne den

Personalbestand in gleicher Weise zu erhöhen. Das führt zwangsläufig zur Überlastung der Pflegekräfte und gerät den Patienten zum Nachteil.“

Die Kreistagsfraktion der LINKEN hält die Entscheidung der Landesregierung, das Klinikum zu privatisieren, weiterhin für falsch. Sie möchte, dass die Rückkehr des Klinikums in öffentliches Eigentum auf die Tagesordnung gesetzt wird. „Wer Hunderte von Milliarden für Bankenrettungen ausgibt, kann auch diese Aufgabe schultern“, so Hajo Zeller *Hans Somme*

Im Internet:

Notruf 113: www.notruf113.blog.de

„Der Patient als Ware“ bei: youtube.com/watch?v=go7WGEDy1nc



Foto: Nico Biver

▲ Längere Wege durch den Umzug von der Uferstraße in die Raiffeisenstraße sind das geringere Übel, das Hartz-IV-EmpfängerInnen im KreisJobCenter erwartet. Neue Leistungskürzungen stehen an, wenn die Bundesregierung mit ihren Plänen durchkommt.

Hartz IV beschäftigt Kreistag

SPD-Kritik beschränkt sich auf Kürzung der Eingliederungsmittel

Koalition und SPD im Kreistag beklagen die Kürzung der Eingliederungsmittel für Langzeiterwerbslose durch die Bundesregierung. Kreistag und Kreisausschuss sollen die Bundesregierung hierfür kritisieren und auf Rücknahme der Beschlüsse drängen.

Bernd Hannemann, stellvertretender Vorsitzender und sozialpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Kreistag, kommentiert: „Das Lamento ist berechtigt, greift aber viel zu kurz. Der als Sparpaket ver-

kleidete Sozialraub an armen Menschen durch Merkel und Co. wird mit keiner Silbe erwähnt. Die Reform der Hartz-IV-Gesetzgebung, die die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts missachtet, wird nicht erwähnt. DIE LINKE wird dies im Kreistag thematisieren und die übrigen Fraktionen zwingen, Farbe zu bekennen.“

Hierzu passt die Meldung, dass das Mitglied des Kreistages Sören Bartol, MdB SPD, zusammen mit seinen FraktionskollegInnen und allen Bundestagsabgeordneten von CDU/CSU sowie der FDP, in namentlicher Abstimmung eine höhere Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft für Hartz-IV-BezieherInnen ablehnte. *Hajo Zeller*



Foto: Nico Biver

▲ Demonstration gegen die Klinikprivatisierung 2005. Mit dabei die LINKEN-Fraktionsvorsitzende Anna Hofmann (m.)

Seniorenbusse weiter finanzieren

Der Landkreis will 30.000 Euro Kosten für die Fahrten zu den Seniorentreffs, einem Angebot der Volkshochschule im Landkreis, nicht mehr zahlen. Wegen des maroden Kreishaushaltes soll wieder einmal die Sparkasse Marburg-Biedenkopf als Spender einspringen. DIE LINKE im Kreistag Marburg-Biedenkopf fordert, dass der Landkreis die Kosten weiter übernimmt.

Anna Hofmann, die Fraktionsvorsitzende, argumentiert: „Schön dass die Sparkasse flüssig ist. Aber ich halte es für sinnvoller, dass die quasi öffentlich-rechtliche Sparkasse ihre Gewinne weitestgehend an Stadt und Landkreis ausschüttet. Die demokratisch gewählten Gremien sollen dann über die Verwendung der Gelder entscheiden. Wenn öffentliche Aufgaben über Spenden finanziert werden, wer entscheidet dann, was wichtig ist und was nicht?“ *Hajo Zeller*

Kommunalwahlen 2011

Spenden hilft!

Vor Weihnachten betteln alle um Spenden und hoffen auf eine bessere Geberlaune. Wir nicht. Wir hoffen darauf, dass unsere AnhängerInnen daran denken, dass sie eine Spende vor dem 31.12. noch bei der Steuererklärung für 2010 angeben können. Bis zu einer Spendensumme von 1.650 Euro erstattet Schäuble die Hälfte.

Wir brauchen außerdem dringend eine Finanzspritze. Im März 2011 stehen Kommunalwahlen mit neuen Kandidaturen der LINKEN an. Und nach vier Wahlen in drei Jahren sind unsere Kassen leer.

Spendenkonto:

DIE LINKE Marburg-Biedenkopf
Konto: 176 239 07, Volksbank Mittelhessen (BLZ 513 900 00)

Das Letzte

Pflanztage

Der Einzelhandel ist nicht zu beneiden. Der Umsatz kommt seit Jahren nicht vom Fleck. Die Gründe: stagnierende Einkommen, Aushöhlung der Sozialsysteme und Mehrwertsteuererhöhungen. Kaufkraftverlust ist die Folge. Gewinn lässt sich heute im Handel nur durch zunehmende Konzentration erzielen oder indem man der Konkurrenz die Kunden abjagt und Personalkosten senkt.

Von der Politik in Marburg müsste man eigentlich erwarten, dass sie die Ursachen der Misere bekämpft. Stattdessen mischt sie sich in den Konkurrenzkampf ein und geriert sich als Werbeagentur für den Handel. Für dieses „Stadtmarketing“ muss auch die Kulturpolitik herhalten. „Garten- und Pflanztage“ sind das neueste „Event“ aus dem Kulturamt. Mit einer teuren Einzelhandelsstudie untersuchte die Stadt, warum nicht mehr Menschen hier ihr Geld ausgeben. Raus kam, was man schon wusste: dass die gefühlte Parkplatznot groß ist, es Mängel beim Bekleidungsangebot gibt und in der Oberstadt die Ladenflächen zu klein sind.

Rot-Grün hat dafür die Lösung. Nach dem Erlenring-Center und dem Marktdreieck, die den Handel in Weidenhausen zerstörten, soll jetzt ein Gutenberg-Center her. Die Marburger Kaufleute befürchten nicht ohne Grund eine neue Konkurrenz der Handelskonzerne. Während deren Filialen in der Oberstadt nur 32 Prozent des Handels kontrollieren, sind es in Gießen bereits 67 Prozent. Ob durch ein neues Center der „Bekleidungs-mangel“ nachlässt, ist nicht ausgemacht. Niemand weiß, wer sich dort niederlässt. Und selbst wenn angesagte Bekleidungsfilialen Einzug hielten, ist es laut Studie nicht ausgeschlossen, „dass an anderer Stelle Anbieter verdrängt werden können“.

Was man sicher weiß, ist, dass die Politik von Rot-Grün neuen Verkehr in die Stadt holt und wenig dafür tut, durch die Schaffung von Einkaufsmöglichkeiten in den Stadtteilen oder in der Nähe des Arbeitsortes (z.B. auf den Lahnbergen) Verkehr zu vermeiden. Für die Menschen im Waldtal, Bauerbach, Stadtwald und weiteren zwölf Stadtteilen ohne Laden, heißt das auch weiterhin: In die Stadt mit meinem Auto. So ist es wohl auch gewollt.

Nico Biver

Stärkere Linksfraktion in Planung

DIE LINKE will zum dritten Mal ihr Wahlergebnis bei den Kreistagswahlen verbessern

Wie schon 2006 ist es auch diesmal der LINKEN gelungen, eine komplette Liste für die Kreistagswahlen am 27. März 2011 aufzustellen. Am 6. November wurden auf einer Mit-

gliederversammlung des Kreisverbandes 81 KandidatInnen gewählt. Auf Platz 1 wurde konkurrenzlos die langjährige Fraktionsvorsitzende Anna Hofmann aus Wetter (r.) gewählt. Es folgen der Kreistagsabge-

ordnete Bernd Hannemann (5.v.l., Marburg), die Kirchhainerin Inge Cernaj (3.v.l.), der Dautphetaler Adnan Yildirim (2.v.l.), der Kirchhainer Sigurd Meier (l.) und die Kreistagsabgeordnete Inge Sturm (4.v.l., Marburg).

Vor der Listenaufstellung hatten die Mitglieder ein Wahlprogramm verabschiedet. Aufbauend auf der Tätigkeit der Kreistagsfraktion wurden als Schwerpunkte die Themen soziale Gerechtigkeit, der ökologische Umbau des Landkreises und die Weiterentwicklung von BürgerInnenbeteiligung festgelegt. Die Umset-

zung der Hartz-IV-Gesetze durch das KreisJobCenter, die Energie-wende hin zu einer Vollversorgung mit erneuerbaren Energien und die Teilhabe und Integration von Menschen mit Migrationshintergrund sind die herausragenden Einzelfragen im Wahlprogramm. Die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Strömungen im Kreisgebiet und die kritische Betrachtung der Rolle der Bundeswehr im Landkreis sind ebenfalls wichtige Punkte, um die Wählerinnen für DIE LINKE zu gewinnen.

Hajo Zeller



Foto: Christian Barth

Wie passen Hochschul- und Kommunalpolitik zusammen?

Was hat die Städtische Wohnungsgesellschaft mit doppelten Abiturjahrgängen zu tun? Und was der Campusneubau mit Konsumtempeln in der Innenstadt? Sehr viel, behauptet der SDS.die Linke (Sozialistisch Demokratischer Studierendenverband) und stellt in einer linken AStA-Koalition die Verknüpfung zwischen linker Politik an der Universität und in der Stadt her.

Was kommunaler Wohnungsbau und doppelte Abiturjahrgänge verbindet, kann man am Gedeihen überteuerter Apartmentblocks sehen, die sich weder NormalbürgerInnen noch Studierende leisten können. Der Zusammenhang zwischen Campusneubau und Konsumtempel wird dann offensichtlich, wenn man zum einen die Verdrängung von Menschen mit geringen Einkommen oder Nicht-Konsumwütigen aus der Innenstadt und zum anderen die Veränderung von Naherholungsgebieten wie dem alten Botanischen Garten betrachtet. Die Entwicklung zeigt, dass keine Idee zu absurd ist. So wird eine Kombination von Juristischem Seminar und Einkaufszentrum diskutiert.

Dieses Jahr stellt der SDS.die Linke im AStA daher mehr Referatsstellen als je zuvor. Neben der Präsidentin des Studierendenparlamentes und der Bearbeitung der sozialen Schwerpunktthemen stellt der SDS.die Linke ReferentInnen für die Bereiche Kritische Wissenschaft, Öffentlichkeitsarbeit, Hochschulpolitik und Campusneubau.

Hendrik Gesthuysen

Das ist auch Eure Stadt!

Bis 27. Dezember Erstwohnsitz anmelden

Ohne die Universität wäre Marburg vermutlich ein verschlafenes konservatives Nest. Dennoch schimpfen manche Alteingesessene auf die „Durchreisenden“, die sich in die Marburger Angelegenheiten einmischen. Zumindest seit den 1960ern hat das dieser Stadt gut getan, die bereits vor 1933 mehrheitlich NSDAP wählte und als einzige hessische Stadt 1946 bei der Volksabstimmung über die hessische Verfassung mit „Nein“ stimmte. Durch die 1968er Bewegung wurde nicht nur der Muff unter den Talaren, son-

dern auch der im Rathaus gehörig aufgewirbelt. Das soll so bleiben.

In Initiativen, Parteien oder auf der Straße kann jede/r Einfluss auf die Marburger Politik und auf die eigenen Lebensumstände – Wohnen, Verkehr, Energie und Freizeit – nehmen. Wählen kann bei den Kommunalwahlen 2011 aber nur, wer seinen ersten Wohnsitz hier hat.

Der 27. Dezember, 3 Monate vor der Wahl, ist der letzte Tag, um sich im Stadtbüro umzumelden – und die Willkommensprämie von 100 Euro abzukassieren.

Nico Biver